

Protokoll:

Anmerkung:

Zum Verfahrensablauf „Anträge der Ratsfraktionen“ verweist Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig auf die Beratungen des Ältestenrates. Dieser habe sich darauf verständigt, zunächst dem Antragsteller jeweils das Wort zur Antragsbegründung zu erteilen und danach der Verwaltung zur Gegenäußerung.

Für den Fall, das die Verwaltung vorschlage, einen Antrag dem Ausschuss zuzuweisen und der Antragsteller damit einverstanden sei, geschehe dies so; es sei denn, jemand widerspreche dem. Wenn jemand widerspreche, werde darüber die Debatte eröffnet und es erfolge dann eine Abstimmung über die Ausschusszuweisung. Damit habe man wirklich die Sicherheit, dass der Stadtrat in seiner Mehrheit auch über die förmliche Ausschusszuweisung abstimme, wenn diese strittig sein sollte.

CDU-Fraktionsvorsitzende Schumann-Dreyer hält den Antrag für hinreichend begründet und bittet die Verwaltung um Stellungnahme.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig trägt die Stellungnahme der Verwaltung (ST/0017/2012) vor.

CDU-Fraktionsvorsitzende Schumann-Dreyer vertritt die Auffassung, dass es wichtig sei, diesen Antrag zu stellen und das man auch genau voneinander trenne, was die BUGA und den Kulturbau betreffe. Wenn sie sich an Gespräche erinnere, dann sei es auch immer für das Land ganz wichtig gewesen, Kultur und Einzelhandel zu verbinden. Der Rat hätte schließlich auch andere Vorstellungen gehabt und da habe man dies als solches isoliert betrachtet. Nur habe man gesagt, im Rahmen des Projektes solle auch der Kulturbau gesondert fertig gestellt werden. Deshalb sei es der CDU-Fraktion wichtig, den Antrag diesbezüglich zu stellen und dann bald ein Ergebnis zu bekommen, weil man wisse, wie lange man gerade bei den Landeszuschüssen auf die Auszahlung warten müsse. Bei einer so hohen Summe von 70 Mio. Euro wäre es auch wichtig, wenn man vom Land eine Reaktion bekomme.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig betont, er habe im Haupt- und Finanzausschuss sehr umfassend über das Thema unterrichtet. Er wolle dies auch gerne hier in öffentlicher Sitzung tun. Man müsse allerdings das fragliche Anliegen im Zusammenhang mit verschiedenen Investitionsprojekten sehen, die in der Stadt Koblenz gelaufen seien.

Sein Amtsvorgänger habe in den Jahren 2007 bis 2010 die Summe der geplanten Maßnahmen der Stadt Koblenz, die zur Bezuschussung anstünden, mit der Landesregierung verhandelt. Da sei es um die BUGA, den Zentralplatz, den Hochwasserschutz, die Löhrrstraße, den Schienenhaltepunkt Mitte, das Schloss und die Rhein-Mosel-Halle gegangen und das alles sei in einem Paket mit dem federführenden Innenministerium und in Beteiligung anderer Ministerien besprochen worden.

In diesen Paketverhandlungen sei eine grundsätzliche Entscheidung getroffen worden, die da laute, dass das Land bei der BUGA hinsichtlich Zuschüssen sehr hoch einsteige und gleichzeitig bei andern Maßnahmen nicht - insbesondere beim Schloss und der Rhein-Mosel-Halle. Bei anderen Projekten sei eine bescheidenere Beteiligung des Landes ausgehandelt worden. Gleichzeitig habe sein Amtsvorgänger dahingehend verhandelt, dem Petikum des Rates folgend zu gewährleisten, das trotz des hohen Zuschussvolumens für die BUGA der Hochwasserschutz nicht geopfert werde. Das habe das Land zugesagt. Gleichzeitig habe sich das Land bei diesen

Paket verpflichtet, auf eigene Kosten für die BUGA in die Festung und in Schloss Stolzenfels zu investieren. Ob es im Lichte dieser Tatsache aussichtsreich wäre, mit einem neuen zusätzlichen Antrag zu kommen oder es nicht vernünftiger wäre, die vorhandenen Anträge aufzustooken, sei die Frage, die dahinter stehe. Es stehe jedem frei, mit diesem Kapitel so umzugehen, wie er es für richtig halte. Die Stadt freue sich immer, wenn sie Landeszuschüsse bekomme. Er müsse allerdings darauf hinweisen, dass der Innenminister in den letzten Monaten schon wiederholt entsprechenden Verlockungen auf zusätzlichen Anträgen dadurch entgegen getreten sei, das er den nicht unzutreffenden Hinweis gegeben habe, das die Stadt Koblenz im Augenblick in der Förderquote an der Spitze aller Kommunen des Landes stehe. Das sei natürlich zutreffend vor allem durch die BUGA.

Auf Zuruf aus der Mitte des Rates betont Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig, ausschließlich Koblenzer Interessen zu verhandeln und nicht die des Landes. Es mache nur relativ wenig Sinn, Erwartungen zu wecken und hinterher frustriert zu sein, wenn man auf diesem Sektor nichts erreiche. Aus diesem Grunde halte er es für seine Aufgabe, den Rat und die Öffentlichkeit über die Chancen, die man wirklich habe, hier offen zu informieren. Im Übrigen könne der Rat sicher sein, das er als Kämmerer das ihm Mögliche unternahme, um möglichst viel Geld vom Land nach Koblenz zu bekommen. Das sei der aktuelle Stand der Dinge.

Rm Kühenthal (BIZ) dankt dem Oberbürgermeister zunächst für die Ausführungen, die eigentlich sehr plausibel erschienen. Angesichts der hohen Belastung, die heute und in langer Zukunft auf die Stadt Koblenz zukämen, habe die BIZ-Fraktion große Bedenken bei diesem Projekt und sei deshalb grundsätzlich gegen den Kulturbau in dieser Form. Alle hätten sich gewünscht, das dieser Antrag von der CDU-Fraktion im Juni 2010 bei der Umstellung der Verträge zur Finanzierung des Kulturbaus gestellt worden wäre, als der Rat erneut mehrheitlich grundsätzlich die Zustimmung zu diesem Kulturbau gegeben habe. Denn zu diesem Zeitpunkt im Juni 2010 sei der Kulturbau ein eigenes Investitionsvorhaben der Stadt geworden und nicht „nunmehr“, wie es im heutigen Antrag fälschlicherweise stehe. Auch sei die immense Höhe der Investitionskosten damals schon bekannt gewesen. Da die Aufhebung des ursprünglichen Mietkaufvertrages zugunsten eines Werkvertrages von der ADD im Rahmen der Forfaitierung gefordert worden sei, hätte man, wenn überhaupt, damals die Konsequenz zeigen müssen und die Zustimmung von einer entsprechenden Landesförderung abhängig machen können und müssen. Um heute, viel später oder besser zu spät, im Nachhinein zu sagen, dass dem Wunsch aller leider keine Erfüllung beschieden sein werde, müsse man kein Hellseher sein.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig den Antrag zur Abstimmung.